

Dezember
2011

SO.00
NECESSARY





KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.
Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.
Programm- und Koraktorbeiträge bis spätestens zum 15. des
Vormonats per Formular: www.kts-freiburg.org/formular

KTS, Basler Str. 103, 79100 Freiburg, 0761/4002096
<http://www.kts-freiburg.org>

In politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren

Infoladen

„Hier¹ werden linksextremistische²
Informationen³ in Form von Zeit-
schriften, Broschüren, Flugblättern,
Büchern, Videos sowie Ton- und
Datenträger archiviert⁴, diskutiert
und verbreitet⁵.

Verfassungsschutz NRW über Infoläden



¹ Baslerstr. 103, KTS ² eigtl. -radikale

⁴ <http://ildb.nadir.org/standort.php?nr=6>

⁵ **Do 17-20Uhr**

³ zusätzlich gibt es einen
Bücherverleih, Kaffee &
Krimskrams wie bspw.
Buttons

DIE FINGERPRINTS DER OPENPGP-SCHLÜSSEL DER GRUPPEN IN DER KTS:

Name - Adresse
Schlüssel-ID - Fingerprint

Koraktor - koraktor@kts-freiburg.org
E042 29E1 AD3B 5B6B 72AE C8FD 3603 BE9B E7FE 94DE

Anarchistische Gruppe Freiburg - kontakt@ag-freiburg.org
E427 3339 198A 727C E238 C222 2D10 4FE4 28FA 2896

Autonome Antifa Freiburg - freiburg@autonome-antifa.org
8515 CACC 65A9 9026 CE26 AC5E 0D45 949A BEEC C849

Infoladen KTS - infoladen@kts-freiburg.org
3455 6D14 D144 50F8 55D9 60CA 43A4 71B3 D07E C4CE

Webmaster KTS - webmaster@kts-freiburg.org
DCB7 EA9D 3248 9E38 4C87 5E60 DD3D 1B0B 55B6 FDC6

La Banda Vaga - info@labandavaga.de
C5D7 708C 5BD3 7CC5 4EB4 2331 63C2 9C98 E7C3 740F

ea-freiburg@linksunten.ch
6D9F EB0F 11C9 28F8 F885 DC89 DACD AD0A 00AF AF53

Schlüssel unter keyserver.net. Praxis unter gnupg.org. Theorie unter openpgp.org.

PM: Vom Abriss bedrohte Wohnungen in Freiburg-Herdern besetzt

Am Abend des 10. November 2011 besetzten mehrere Dutzend Studierende, Schüler und Schülerinnen, Auszubildende, Arbeitende und Arbeitslose mehrere Gebäude in der Johann-Sebastian-Bach-Straße in Freiburg-Herdern. Angesichts der untragbaren Wohnraumpolitik der Freiburger Stadtverwaltung, der lokalen Baugesellschaften und der städtischen Wohnraumgesellschaft Freiburger Stadtbau (FSB) haben wir beschlossen, gemeinsam mit diesem Mittel direkter Selbstermächtigung zu greifen, wohlwissend, dass die Behörden und wohnraumverwertenden Organisationen sich dadurch angegriffen fühlen werden.

Derzeit leben über 500 Menschen in Freiburg auf der Straße und keine der sogenannten demokratischen Institutionen ist in der Lage die Probleme zu lösen. Die Besetzung der Bachstraße soll auf die verfehlte Politik hinweisen und direkte Alternativen aufzeigen. Wir stellen uns gegen den bevorstehenden Abriss der Gebäude, das Mobbing der Stadtbau und die Verdrängung und Zwangsräumung der bisherigen BewohnerInnen.

Mit dem Abriss der Johann-Sebastian-Bach-Straße soll wieder einmal günstiger Wohnraum vernichtet werden, um noch mehr teure Eigentumswohnungen zu bauen. Diese Aufwertungspolitik wird von der Freiburger Stadtbau nach allen Regeln effizienter Marktwirtschaft betrieben, doch wie in anderen Stadtteilen führt das natürlich auch in Herdern zur vermeintlich unausweichlichen Verdrängung prekärer Gesellschaftsteile. Die ohnehin schon weit fortgeschrittene Teilung Freiburgs in einen armen Westen und einen reichen Osten wird somit weiter vorangetrieben: In Herdern soll kein Raum mehr sein für Menschen ohne großen Geldbeutel. Der Freiburger Gemeinderat findet zwar viele schöne Worte und beklagt diese Situation unlängst in einem interfraktionellen Antrag -

wenn es aber um konkrete Maßnahmen wie bei der Bach-Straße geht, so gibt er Verwaltung und Stadtbau nach wie vor freie Hand bei ihrer unsozialen Jagd nach Gewinnen und Prestige. Währenddessen lächelt Oberbürgermeister Salomon wie jeden Herbst von bunten Plakaten, um die FreiburgerInnen zu bitten, doch "mitzuhelfen" und Zimmer für Studierende bereitzustellen - gleichzeitig steht städtischer Wohnraum leer und Nutzungsversuche werden mit Polizeigewalt beantwortet. Unsere Aktion ist eine Antwort auf diese Farce.

Denn auch für Studierende ist die Situation immer schwieriger, es sei denn betuchte Eltern oder teure Bildungskredite füllen das durch Gebühren und Miet-Wucher entstehende Loch. Als sozial wird verkauft, dass studentische Eigentumswohnungen für 80.000 Euro anstelle zuvor besetzter Häuser errichtet werden - so geschehen zum Beispiel in der Günterstalstraße. Die heutige Besetzung soll besonders auf die Situation der Studierenden hinweisen, die derzeit in Herden teure Massenunterkünfte aufsuchen, bei Besichtigungen Schlange stehen müssen und mit viel Glück maßlos überbewertete Wohnungen ergattern. Um das elementarste Bedürfnis nach Wohnraum zu erfüllen, muss menschlich im Wettkampf mit oft über 20 BewerberInnen um ein kleines Zimmer profilieren, während sogar städtischer Wohnraum leersteht

Unsere Solidarität geht jedoch an alle von ausgrenzender Stadtpolitik und Gentrifizierung Betroffene, die verdrängten RentnerInnen in dieser Straße und alle, die - wo auch immer - für freien Wohnraum und eine Stadt für alle kämpfen.

**FÜR SOLIDARITÄT UND FREIE BILDUNG!
GEGEN DIE LÜGEN DER "ALTERNATIVLOSEN"
POLITIK!
MACHT ES SELBST!**



Wieder Anquatschversuch im Murgtal!

Wie wir erst heute erfahren haben klingelte bereits am Mittwoch, den 26.10.2011, der Verfassungsschutz bei einem Genossen in Gernsbach. Nachdem der Genosse die Tür einen kleinen Spalt geöffnet hatte begann der Verfassungsschützer, P. Jäger, sogleich auf den Genossen einzureden.

Wie so oft wurde versucht ähnliche Ziele herbei zu fantasieren. „Man sei doch beide gegen Nazis und Gewalt“. Auch wurde dem Genossen mehrfach Geld für die Zusammenarbeit angeboten. Zudem wurde ein anstehendes Gerichtsverfahren als Mittel benutzt um den Genossen von den „Vorteilen“ einer Zusammenarbeit zu überzeugen.

„(...)im kommenden Gerichtsverfahren ließe sich schon was zu ihren Gunsten machen.“

Der Genosse reagierte genau richtig und schloss die Tür ohne weiter auf das Gespräch einzugehen.

An dieser Stelle noch einmal wichtige Verhaltensregeln im Umgang mit dem Verfassungsschutz. Da der Verfassungsschutz keinerlei polizeiliche Befugnisse besitzt seid ihr nicht gezwungen irgendetwas zu sagen. Ihr könnt und solltet sofort die Tür schließen! Lasst euch nicht nervös machen oder durch irgendwelche Angebote locken!

Wichtig ist auch sich gegebenenfalls den Namen und das Aussehen des Verfassungsschützers / der Verfassungsschützerin zu merken, oder besser noch Fotos zu machen und eventuell ein Gedächtnisprotokoll anzufertigen. Auch das Kennzeichen des Autos zu notieren ist sinnvoll. Nach einem Anquatschversuch ist es ganz besonders wichtig diesen SOFORT öffentlich zu machen.

Solltet ihr dennoch aus Nervosität oder Angst auf das Gespräch eingegangen sein, ist das nicht so schlimm, allerdings ist es dann noch wichtiger sich bei den örtlichen Antirepressionsgruppen zu melden, um gemeinsam eine Lösung des Problems zu finden.

Hier noch einmal die Empfehlung Mitglied bei der Roten Hilfe zu werden, um sich besser gegen staatliche Repression schützen zu können.

SOLIDARITÄT Hilft SIEGEN!

Verurteilung wegen Hausfriedensbruch

Am Mittwoch den 26.10.2011 wurde ein Aktivist vor dem Heidelberger Amtsgericht wegen Hausfriedensbruch zu 20 Tagessätzen à 10 € verurteilt. Dies war die erste Verurteilung zu der Hausbesetzung im Eckhaus Nummer 80 in der Alten Eppelheimer Straße in der Nacht auf den 17.4.2011, 6 weitere sind zu erwarten.

Die Verurteilung löste erhebliche Empörung aus.

Als erster Zeuge wurde der eifrige Staatsschützer Schlotterer befragt. Dieser wusste jedoch nicht mehr zur Anschuldigung zu sagen, als dass er die Personalien des Beschuldigten irgendwann übermittelt bekam. Außerdem erzählte er Geschichten

von der Nachtanzdemo am Vorabend. Schleierhaft blieb dem Publikum jedoch, was das mit der Aktion zu tun haben soll. Interessant an seinem Geschwätz war, dass es insgesamt 7 Strafbefehle, 35 Einstellungsverfügungen und 22 Verdachtsmomente, bei denen es zu einer Einstellung nach § 170 Absatz 2 kam, gibt. (Skandalös ist, dass niemand, ausser den 7 Strafbefehlen, etwas darüber erfahren hat oder wird.) Aufgrund Schlotterers dürftiger Kenntnislage konnte nicht von der Richterin festgestellt werden, wann der Räumungstitel vom Besitzer (Vermögen und Bau Baden-Württemberg in Mannheim) bei der Polizei eintraf und somit auch nicht ob das erste Eindringen der Ploizei nicht illegal war.

Die zweite Zeugin Hofmann, Auszubildende aus der Polizeischule Bruchsal, beteuerte zuerst den Beschuldigten alleine auf dem gegenüberliegenden Grundstück angetroffen zu haben. Dabei habe sie nach dem Befehl, nur alle aus dem Hause kommenden zu kontrollieren, gehandelt. Jedoch stellte sich bei weiterer Befragung durch den Beschuldigten heraus, dass weder nur Aktivist_innen aus dem Haus, noch der Beschuldigte allein kontrolliert wurde. Leider blieb die Zeugin, vermutlich aus trotz, bei der Behauptung, der Beschuldigte sei „sicher“ aus dem Haus identifiziert worden, obwohl direkt vor dem Eingang ein unbefriedeter, kleiner Vorplatz mit einem Zigarettensautomat, also frei zugänglich, voll mit ca. 40 Unterstützer_innen es unmöglich machte, direkt Menschen vom Haus aus größerer Entfernung zu erkennen.

Der Urteilspruch (20 Tagessätze à 10 €) verwunderte dann doch. Die Richterin glaubte uneingeschränkt der Bullenzeugin und begründete dies aberwitzig damit, dass die Zeugin umso glaubhafter werde, je weniger sie wüsste, da die Sache ja schon so lange her sei. Empörung unter den Zuschauern, die keine Zivicops waren, war die erste Reaktion auf das Laientheater.

Nach dieser Erfahrung zeigt sich, dass das Heidelberger Amtsgericht ebenso, wie die meisten anderen deutschen Gerichte unkritisch jeder Polizeiaussage glauben schenkt und so willkürlichen Verteilungen, indirekt die Aussagen der Polizei, Tür und Tor öffnet.

EA Freiburg

Aufmarsch türkischer Nationalist_innen am 29.10.2011 in Freiburg

Am Samstag, den 29. Oktober 2011, marschierten in Freiburg über 400 türkische Nationalist_innen, Faschist_innen und Islamist_innen unter dem Motto „Stoppt den Terror der PKK!“ auf. Anlass war der PKK-Angriff auf das türkische Militär Mitte Oktober, bei dem 24 türkische Soldat_innen getötet wurden.

In Flugblättern wurde den Kurd_innen die alleinige Schuld am „Kurdistan-Konflikt“ gegeben und die angebliche Friedfertigkeit „aller Türk_innen“ hochgelobt. Auf mindestens einem Transparent wurde sich bei Europa, den USA und Israel für die angebliche Unterstützung der PKK für 35.000 Tote „bitterlich bedankt“. Aber auch Fahnen mit dem Konterfei Atatürks wurden mitgeführt.

Die Demonstration begann am Kartoffelmarkt mit einer Kundgebung und zog dann durch die Innenstadt zum Augustinerplatz, wo das Ganze mit einer weiteren Kundgebung und Musik endete. Unter die Demonstrant_innen hatten sich auch zahlreiche Mitglieder, hauptsächlich Jugendliche, der extrem rechten Bewegung „Graue Wölfe“ gemischt.

Sie fielen vor allem durch das aggressive skandieren türkischer Parolen und durch das Zeigen des „Graue-Wölfe-Grußes“ auf. Dabei werden Zeigefinger und kleiner Finger abgespreizt, Mittelfinger und Ringfinger eingeknickt. Das Zeichen soll einen Wolfskopf darstellen.

Der Aufmarsch, zu dem größtenteils über Facebook mobilisiert wurde, wurde vom Alarmzug der Offenburger Polizei und der Lahrer BFE-Einheit begleitet, welche hauptsächlich den Zusammenstoß mit einer gleichzeitig stattfindenden „linksradikalen“ Mietenstopp-Demonstration verhindern sollte. Doch auf dieser fand der nationalistische Aufmarsch leider keinerlei Beachtung.

Kurz vor Ende des Aufmarsches kam es zu vereinzelt Angriffen auf beobachtende, vermeintliche Antifaschist_innen.

FÜR EINEN KONSEQUENTEN ANTIFASCHISMUS!

Bilder und weitere Infos findet ihr unter:
<http://linksunten.indymedia.org/de/node/49735>



Konzert



Party/Kneipe



Information



Film/Theater



Vokü

Doors ab 21 Uhr, los geht's wenn die Bude voll ist.
Im Anschluss: Party im großen Raum.

www.myspace.com/landsandbody
<http://soundcloud.com/shield-your-eyes/sets/guns-or-knives>

#08 DER FEIND IN DER HOSENTASCHE

Donnerstag
19 Uhr



Mal wieder - wie leider viel zu oft - mit einer gebührenden Verspätung. In der Hoffnung, dass ihr es trotzdem noch aufnehmt. Vielen Dank für eure Arbeit

Ob Überwachung der Verkehrsdaten (wer kommuniziert wann, wo, mit wem), der Kommunikationsdaten (mithören der Gespräche, mitlesen der SMS) oder die akustische Raumüberwachung (mithören, wenn keiner telefoniert), die Handys können für Polizei und Verfassungsschutz wichtige Informationsquelle sein. Mit den neuen Smartphones werden die Möglichkeiten noch um das Überwachen von mobiler Internetnutzung erweitert. Wir haben einen Aktivistin von datenschmutz.de eingeladen über Möglichkeiten der Überwachung und Chancen sich dagegen zu schützen zu referieren. Los geht es um 19:00 eventuell mit einer Vokü; um 20 Uhr startet dann der Vortrag.

Da im Februar die Auswertung von mehreren tausend Verkehrsdaten bei den Antifa-Protesten in Dresden für einen mittelgroßen Datenschutzeskandal gesorgt hat, sei hier bereits auf unsere Veranstaltung zur Repression gegen Antifaschist_innen in Dresden am 14. Januar auch in der KTS Freiburg hingewiesen.

datenschmutz.de
kts-freiburg.org/ea
lunte.indymedia.org/ea

#03 THAT FUCKING TANK & GUNS OR KNIVES

Samstag
ab 21.00 instrumental math-noise-rock vs.
akustik-blues



THAT FUCKING TANK sind ein glänzendes Beispiel dafür, dass eine Band nicht zwangsläufig immer mindestens drei Mitglieder benötigt. Wie die musikalisch ihnen nicht ganz unähnlichen Death From Above 1979 spielt das Duo aus Leeds basslastigen, experimentellen Instrumental-Math-Noiserock. Wer auf Name-Dropping steht, kann sich in **THAT FUCKING TANK** die Hochzeit von Don Caballero mit Big Black vorstellen. Wir freuen uns sehr, dass sie sich für ihre einzigen zwei Deutschland-Shows der Tour neben Halle ausgerechnet unser beschauliches Freiburg ausgesucht haben.

Mit an Bord ist Singer-Songwriter Stef aka **GUNS OR KNIVES**, Sänger der Band Shield Your Eyes, der experimentelle, mal melancholische, mal fröhliche Gitarrenmusik präsentiert. Um einen wichtigen Musikkenner zu zitieren: „Erwarten Sie zerbeulte Gitarren, denen mit Leidenschaft rohe Blueshymnen entlockt werden.“ Nuff said.



#09

INVASION OF METAL II

Freitag
ab 21:00



Am 9.Dezember 2011 ist es soweit, die Invasion of Metal startet in die zweite Runde. Das bedeutet einmal mehr, einen Abend mit viel schneller & harter Musik, Bier und bester Stimmung! Denn mit geballter & nicht aufzuhaltender Power werden 5 Bands euch ordentlich die Trommel-

felle massieren & gut einheizen. Das Line Up ist sehr abwechslungsreich, somit dürfte für jeden Anhänger der harten Gangart etwas dabei sein. Mit am Start sind:

CRYPTIC FOREST (Nebenprojekt von Finsterforst, Melodic Black Metal / Schwarzwald)

www.myspace.com/officialcrypticforest

THE PRIVATEER (Pirate/Folk Metal / Freiburg)

www.myspace.com/privateersbay

REVEALING DAWN (Melodic Death Metal / Stuttgart)

www.myspace.com/revealingdawn

TOTAL ANNIHILATION (Thrash Metal / Basel)

www.myspace.com/totalannihilationthrash

PAINIS (Death Metal / Emmendingen)

www.myspace.com/painismetal

#10

FILM: -THE GREEN WAVE-

Samstag
19:00 Uhr



Wie ein begieriges Aufatmen, wie eine unaufhaltsame Welle breitete sich im Sommer 2009 der Wunsch nach mehr Freiheit im Iran aus. Die Farbe „Grün“ der Anhänger_innen von Präsidentschaftskandidat Mir Hossein Mussawi wurde zum allgegenwärtigen Symbol eines möglichen Wandels. Doch die

friedliche Revolution scheiterte am Wahltag und das Regime unter Ahmadineschad ging mit kaum vorstellbarer Gewalt gegen Oppositionelle, Aktivist_innen und Demonstrant_innen vor.

Als bewegende Dokumentarfilm-Collage bebildert „The Green Wave“ die dramatischen Geschehnisse rund um die iranische Präsidentschaftswahl im Juni 2009 und den darauffolgenden Protesten. Er erzählt von den Gefühlen der Menschen hinter der Revolution. Er schildert ihre anfängliche Hoffnung und Neugier, ihre verzweifelte Angst und den Mut, trotzdem weiter zu kämpfen.

Anschließend wird es genug Raum für Diskussion & Austausch über den Film, aber auch über die aktuelle Situation im Iran geben.

Danach: Soliparty für die Anarchistische Gruppe Freiburg

www.ag-freiburg.org

#10

PYRO ONE & KOBITO + AFTERSHOW-DJ-S

Samstag
ab 22:00



Soliparty für die Anarchistische Gruppe Freiburg

Weil bei politischer Arbeit immer wieder auch Kosten anfallen, bitten wir am Samstag, den 10.12.2011, wieder einmal zum Tanze. Auf zwei

Floors wird euch in der KTS Freiburg eine ganze Nacht Live-HipHop, Techno, Minimal, noch mehr Techno, Breakcore und Drum&Bass, dargeboten werden. Die eingenommenen Tauschmittel unterstützen die Anarchistische Gruppe Freiburg. Dazu gibt es leckere Cocktails, unseren Infotisch und einen Chill-Out-Bereich.

Live:

PYRO ONE (Conscious-Rap // Berlin)

<http://soundcloud.com/pyro-one>

KOBITO (Conscious-Rap // Berlin)

<http://soundcloud.com/kobito>

+ **LEIJIONE** (Berlin)

<http://soundcloud.com/leijione>

+ **MISTERMO** (Berlin)

<http://soundcloud.com/mistermobeatz>

+ **KAIKANI** (Berlin)

<http://soundcloud.com/kaikani>

DJs:

DON KANALIE (Tech-House, Techno, MashUpGhettoRave // Freiburg)

<http://soundcloud.com/donkanalie>

MARTIN VAN MORGEN (Dub-Techno, Minimal, Tech-House, Techno // Freiburg)

<http://soundcloud.com/martinvanmorgen>

ANTIDOT (Minimal, Emorave, Techno // Freiburg)

<http://soundcloud.com/acidantidot>

www.ag-freiburg.org

#20 VERDECKTE ERMITTLER UND STAATLICHE REPRESSION

Dienstag ab 19:30 Ein Vortrag zum Heidelberger Spitzelkandal Simon Bromma



FINDET IM SUSI-CAFFEE STATT!

Fast ein Jahr lang gewann der Verdeckte Ermittler Simon Bromma Einsicht in private Bereiche und politische Aktivitäten der linken Szene Heidelbergs. Getarnt als -Simon Brenner- sammelte er umfangreiche Informationen über Strukturen und Einzelpersonen, bis er am 12. Dezember 2010 enttarnt werden konnte. Das Vorgehen von Staat und Polizei, ist schockierend, aber Teil zunehmender Repression. Ein Bericht von Betroffenen über die ins Visier geratenen politischen Zusammenhänge, die zugehörige Öffentlichkeitsarbeit und die Klage gegen den Einsatz.

Um 19.30 Uhr gibts Vokü, um 20 Uhr beginnt der Vortrag

spitzelklage.blogspot.de

#29 MATULA & AYAKASHI & KASINO KOSCHMIDDER

Donnerstag ab 21:15 Jawbreaker mit deutschen Texten, dazu ne Ecke Turbostaat plus Captain Planet und alles mit Pop und Gitarrenrumspielereien verziert. Kurz: halt so Schrammelpunk, Indiemo, Mixkram.



Zum Jahresabschluss gibt es endlich mal wieder eine Band des DIY Labels **ZEITSTRAFE** in der KTS! Denn neben **MATULA** beherbergt(e) das nette Kieler Label schon seit jeher allerfeinste Bands wie beispielsweise **ESCAPADO**, **KURHAUS** oder **ANTI-TAINMENT**.

Und heute Abend nun **MATULA**. Ihr stark **JAWBREAKER**-mäßiger Sound ist kühl und nordisch, erinnert aber gleichzeitig an den guten alten Indie Schrammel Pop und College Rock der Neunziger.

Die Worte sind hingeworfen, mal gesprochen, mal versucht gesungen. Die Gitarren klingen hoch und klar, der Bass dengelt dumpf und das Schlagzeug rumpelt. So entstehen heimlich hingerotzte Hymnen mit ganz viel Herzblut und Ehrlichkeit.

Denn: Pain is just a french word for bread!

Den Support übernehmen zum einen **AYAKASHI**, eine ziemlich frische Band aus der Gegend Mainz, musikalisch irgendwo zwischen YAGE und ESCAPADO, und zum anderen **KASINO KOSCHMIDDER** mit ihrem melodischen Indiepunk.

Das wird fein!

<http://matula.blogspot.de/>

<http://www.myspace.com/matulahoij>

<http://www.myspace.com/kasinokoschmidder>



Demo:
19.12.2011
17:30 Uhr
Goetheplatz
esam.blogspot.de





KTS # IMMER

Jeden Sonntag ab 16 Uhr **KTS - PUTZTAG**
 Jetzt ganz neu:
ERST PUTZEN DANN GLOTZEN
 Nach dem Aufräumen gibt es Kino!

J. 1. und 3. Mi. i. Monat 20 Uhr **UNZUMUTBAR IM EXIL**
 Punker Kneipe mit mehr oi und weniger bla!

Donnerstag 18-20 Uhr **UMSONSTLADEN**
 Abgeben, Abholen, Mitnehmen.
 Alles für Nix.

Montag 19-20 Uhr **EA / ROTE HILFE / SANIS**
 Hilfe bei Problemen mit der Polizei, Repression und politischen Prozessen

Donnerstag 17-20 Uhr **INFOLADEN**
 Bücher und Zeitschriften, Buttons und Aufnäher, T-Shirts, Kaffee, etc.

Jeden 1.&3. Freiburg im Monat 20 Uhr **FAU FREIBURG**
 Jeden 1. Freitag in der KTS
 Jeden 3. Freitag in der Fabrik
www.fau.org/freiburg

Dienstag ab 19 Uhr **SAM!BASTA!**
 Sambaband als politische Aktionsform.
 We have everything to play for!!!

Bei Bedarf **RECHERCHE- UND MEDIENZIMMER (RUMZ)**
 Kopieren, Drucken, Recherchieren, Videos schneiden, Flyer layouten, uvm.
 Kein Problem, einfach Mail an rumz@riseup.net schreiben.

Bei Bedarf **OFFENE SIEBDRUCKWERKSTATT**
 Ab und zu offen, einfach ne Mail an [siebdruck\[at\]lists.riseup.net](mailto:siebdruck[at]lists.riseup.net) schreiben.

G 19 # IMMER

Mi. & Fr. ab 12 Uhr **BIKE KITCHEN**
 Fahrradselbsthilfewerkstatt im Polytechnikum

Jeden Di. & Fr. 14-18 Uhr **UMSONSTLADEN, BIBLIOTHEK & INFOLADENCAFE**

Jeden 3. Samstag im Monat **FREIRAUMCAFE**

Jeden Di. 18 Uhr **OFFENES G19-PLENUM**

Auf zur IMK - Rechtsoffene Politik angreifen!

Der Skandal um die „NSU“, den „Nationalsozialistischen Untergrund“ hat die Dimensionen neonazistischen Terrors in der BRD offensichtlich werden lassen. Zehn weitere rechts-motivierte Morde sind auf einmal bekannt geworden. Dieser Skandal verdeutlicht die Notwendigkeit antifaschistischen Engagements. Alle antifaschistisch eingestellten Menschen in (ist doch keine reine Kader/Spezialist_innen aufgabe, oder? wir wolln doch alle aufrufen...) der BRD müssen auf diese zehn weiteren Opfer rechter Gewalt reagieren. Dabei ist klar, dass der „NSU“ nur die Spitze des Eisbergs ist: fast 150 Menschen sind seit der Wiedervereinigung von Nazis ermordet worden.

Das in diesem Zusammenhang altbekannte Verhalten der Behörden, das Verdrängen, Relativieren und Entpolitisieren rechter Strukturen und der von ihnen ausgehenden Gewalt, hat mit dem „NSU“ eine neue Dimension bekommen.

Anfang Dezember treffen sich nun die Innenminister von Bund und Ländern in Wiesbaden. Diese tragen mit ihrer rassistischen, nationalistischen, autoritären und neuerdings an der Extremismus-Doktrin orientierten Politik seit Jahren zum Erstarren der rechtsradikalen Szene bei. Sie stehen den Behörden vor, die rechte Gewalt seit Jahren versuchen zu verharmlosen und zu entpolitisieren. Deshalb ist die Konferenz der Innenminister der richtige Ort um zu zeigen, was wir von dieser Politik halten. In diesem Sinne: Auf nach Wiesbaden, gegen rechtsextremen Terror, Extremismus-Doktrin und den autoritären Präventivstaat!*

Dass drei Nazis jahrelang durch die Republik fahren und am helllichten Tag Menschen exekutieren, die nicht in ihr Weltbild passen, hat die Öffentlichkeit schockiert. Aber wohl eher deshalb, weil sie „abgetaucht“ waren und ihre Taten erst im Nachhinein, auf einen Schlag bekannt wurden.

Der sonstige rassistische Mord und Totschlag, der statistisch zumindest jeden Monat, wenn nicht jede Woche passiert, schafft es kaum noch überregional in die Medien.

Von den sonstigen rechts-motivierten Übergriffen verbaler und körperlicher Art einmal ganz abgesehen. Abseits des Skandals um den „NSU“ bleibt die erschreckende Alltäglichkeit und Normalität rechter Gewalt in weiten Teilen der Bundesrepublik unsichtbar. Rund 150 Tote durch rechte Gewalt seit der Wiedervereinigung sprechen eine deutliche Sprache.

Der Umgang der Behörden mit diesen Taten ist fast immer der gleiche: es wird versucht sie zu ignorieren, zu verharmlosen und vor allem zu entpolitisieren. Aktuelles Beispiel dafür ist der Fall eines in diesem Sommer ermordeten Obdachlosen aus Vietnam. Derzeit wird vor Gericht diskutiert, ob 8€ der Ausschlag für einen Raubmord gewesen sein, oder die bekannte rechtsradikale Einstellung des Täters nicht vielleicht doch die entscheidende Rolle gespielt haben könnte.

Der „NSU“ passt perfekt in dieses Bild. Zwar wird jetzt wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt, aber die ermittelnden Behörden haben offensichtlich jahrelang nie ernsthaft in Richtung einer rassistisch-motivierten Mordserie ermittelt. Stattdessen war von „türkischen Clanstrukturen“ oder der „türkischen Mafia“ die Rede, sollte es um Wettschulden, Schutzgeld, Drogenstreitigkeiten oder sonstiges gehen. In jedem Fall wurde die Ursache in den scheinbar so „undurchsichtigen Strukturen“ von offenbar „Fremden“ gesucht. Obwohl in den Ermittlungen keine Hinweise auf die Verwicklung der Opfer in organisierte Kriminalität gefunden wurden, galt dies eher als Indiz einer besonders gut organisierten kriminellen Struktur.

Der Rassismus der Behörden, wie auch der Medien wird schon durch ihre Sprache eindeutig angezeigt. Obwohl nur zwei der Opfer der Mordserie in einem Döner Imbiss arbeiteten, ist von „Dönermorden“ die Rede. Dass in diesem Begriff die Opfer völlig entmenschlicht werden, schien dabei niemanden zu stören. Zu allem Überfluss nannten sich die ermittelnden SOKOS auch noch „Bosporus“ und „Aladin“ und bedienten somit auch das Bild der sogenannten „Ausländerkriminalität“.

Man kann gar nicht so viel fressen wie man kotzen möchte!

Aber es ist nicht nur der Rassismus in den Staatsapparaten, sondern auch die sogenannte Extremismus-Doktrin, welche die deutsche Justiz auf dem rechten Auge blind macht. Diese beruht auf der Behauptung einer vermeintlich gemäßigten, „demokratischen Mitte“, welche gegen die „extremen Ränder“ der Gesellschaft geschützt werden müsse. Rassistische und rechtsradikale Gewalt und antifaschistische Arbeit gegen diese werden hier gleich gewertet. Diese Gleichsetzung ist an sich schon eine Verharmlosung rechter Strukturen und Aktivitäten, vor allem in Anbetracht der deutschen

Geschichte.

Die Präsentation und die Debatte um den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht veranschaulichen an dieser Stelle nochmals wie weitreichend die Extremismus-Doktrin das Bild der politischen Entwicklungen in der BRD bestimmt. Wenn der Verfassungsschutzbericht in der Öffentlichkeit rezipiert wird, ist unabhängig von den jeweiligen politischen Kontexten stets nur die Rede von einem „signifikanten Anstieg“ von Straftaten und Gewaltbereitschaft von sogenannten „extremistischen Gruppierungen“. Hier wird par excellence das Szenario einer Bedrohung der mitunter schwammig definierten normativen demokratischen Mitte zum Haupt- Ausgang und Drehpunkt der politischen Debatte gemacht. An dieser Stelle wird nicht zwischen Sachbeschädigungen gegen Schienennetze oder aber Militärfahrzeuge seitens einer militanten Linken einerseits und den rechts-motivierten Angriffen auf Körper und Leben gegen Migrant_innen, Obdachlosen, Linken aller Couleur oder gegen Schwulen und Lesben andererseits, differenziert. Das es hierbei sich um völlig verschiedenes handelt muss eigentlich jede_r_m mit etwas Verstand klar sein. Nicht desto weniger wird mit den abstrakten Zahlen das Bedrohungsszenario von „den Extremisten“ weiter perpetuiert und gleichsam die weitestgehende Aufrüstung eines Sicherheitsapparates legitimiert. Dass aber zum Beispiel die Aufstockung eines Verfassungsschutzes weit davon entfernt ist dem Problem rechts-motivierter Gewalt Einhalt zu bieten, sondern zynischer Weise sich solche Organisationen wie der Thüringer Heimatschutz aus Verfassungsschutzgeldern mitfinanzieren kann, zeigt eines umso deutlicher: Es braucht nicht ein mehr an autoritärer Staatsmacht, um solchen Momenten der Barbarei, wie den jüngst offengelegten Aktivitäten der NSU, beizukommen. Vielmehr bedarf es an dieser Stelle einer tiefergehenden Auseinandersetzung, mit der Frage, auf welchem Nährboden der sogenannten demokratischen Mitte sich rechte Ideologien und die daraus folgenden Angriffe auf Leib und Leben entwickeln. Es ist unumgänglich antifaschistisches Engagement der Zivilgesellschaft weiter zu stärken, anstelle dieses, wie bisher, zu kriminalisieren und mit dem Totschlagargument des Extremismusvorwurfs zu sabotieren.

Zu letzt hat das Bundesinnenministerium die sogenannte „Extremismusklausel“ durchgesetzt. Finanzielle Förderung durch das Innenministerium hängt für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts nun von einem Bekenntnis zur freiheitlich

demokratischen Grundordnung ab. In der sogenannten „Demokratieerklärung“ müssen die Initiativen unterschreiben, dass sie „Sorge tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten“ und weiter, „dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird“. Als extremistisch gelten hierbei nach Definition der Bundesregierung Gruppen und Initiativen, die „eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine „herrschaftsfreie“, anarchistische Gesellschaft etablieren wollen und ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien orientieren“

Opferberatungsstellen, mobile Beratungsteams und viele andere Gruppen werden so unter Generalverdacht gestellt, anstatt die verdiente Anerkennung für ihre Arbeit zu bekommen. Ihren Mitarbeiter_innen soll die politische Einstellung vom Innenministerium vorgeschrieben werden.

Gleichzeitig werden Fördergelder von der Bekämpfung des sogenannten „Rechtsextremismus“ abgezogen. Auch diese Bekämpfung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechts durch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder trägt zur Stärkung der rechtsextremen Szene bei. Die Stärke und das Selbstbewusstsein der Naziszene gerade in vielen Teilen der BRD war ohne Zweifel die Grundlage für das Phänomen „NSU“.

Doch die Extremismus-Doktrin ist nicht nur eine Verharmlosung rechtsextremer Gewalt und eine Verunglimpfung antifaschistischen Engagements. Auch beschränkt sich die indirekte Förderung rechtsextremer Strukturen nicht auf die Umschichtung von Fördergeldern. Die Kriminalisierung der Proteste und Blockaden gegen Europas größten Naziaufmarsch in Dresden zeigt beispielhaft, wie die staatlichen Behörden die dringend notwendige gesellschaftliche (und eben nicht staatliche) Bekämpfung des Rechtsextremismus zu verhindern versuchen. War der Aufmarsch in Dresden seit den 1990er Jahren zum größten rechtsextremen Event in Europa gewachsen, wurde er in den letzten beiden Jahren erstmals von einem breiten antifaschistischen Bündnis verhindert. Deutlich mehr als 10.000 Menschen nahmen an den Aktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch teil. Mit Hilfe von Massenblockaden und militanten Aktionen konnte der Aufmarsch erfolgreich verhindert werden.

Derzeit laufen gegen zahlreiche Menschen, die sich an der Vorbereitung der Massenblockaden gegen den Naziaufmarsch in Dresden beteiligt oder öffentlich zu ihnen aufgerufen haben, Verfahren nach §129: Bildung einer kriminellen Vereinigung. Direkt im Anschluss an den Aufmarsch wurde das Pressezentrum des Bündnisses „Nazifrei- Dresden stellt sich quer!“ durchsucht. Mittlerweile ist gerichtlich bestätigt, dass die gesamte Hausdurchsuchung rechtswidrig war. Nachdem sich ein Jenaer Jugendpfarrer als Teil des Bündnisses in der Presse kritisch zu den ersten Durchsuchungen geäußert hatte, wurde eine Woche später auch seine Wohnung durchsucht. Am Tag des Aufmarschs wurden sämtliche Handydaten in der gesamten Südvorstadt abgehört und gescannt; auch diese Maßnahme war illegal. Diese Situation zeigt, dass die Repressionsapparate gegen antifaschistisches Engagement den juristischen Spielraum nicht nur bis zum Äußersten ausreizen, sondern regelmäßig über diesen hinausgehen. Bei neonazistischer Gewalt ist das Gegenteil der Fall: deutlicher können die Behörden ihre politischen Prioritäten nicht zeigen.

Dies liegt einerseits in den politischen Einstellungen derjenigen Leute begründet, die in diesen Behörden arbeiten. Andererseits gibt es aber auch eine strukturelle Nähe rechtsextremer Positionen zur sogenannten „Mitte der Gesellschaft“. Denn rassistische, antisemitische, patriarchale, autoritäre, nationalistische usw. usf. Positionen sind tief in dieser Gesellschaft verankert. Dies verdeutlichen auch die regelmäßigen Studien, die von verschiedenen Stiftungen veröffentlicht werden. In der 2010 veröffentlichten Studie der Friedrich Ebert Stiftung zu „rechtsextremen Einstellungen“ ist zu lesen, dass 35,6% der Befragten der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ zustimmen. Von einem extremistischen Rand kann hier also kaum ausgegangen werden. Die organisierte Nazi-Szene formt aus diesen Elementen lediglich ein hermetisch geschlossenes Weltbild und versucht dieses gegen Recht und Gesetz durchzusetzen, statt in Übereinstimmung mit diesen.

Die Innenminister arbeiten kräftig daran mit, nationalistische, rassistische und autoritäre Einstellungen beständig zu reproduzieren. Um sich als Beschützer des nationalen Kollektivs aufspielen zu können, werden allerhand Bedrohungen skizziert und konstruiert. Von der „Asylantenflut“ über die „Organisierte Kriminalität“ bis zum „islamistischen Terrorismus“: beständig kommt die Gefahr von außen, droht die Nation zu zerstören und muss mit harter Hand bekämpft werden. Der/die anständige Staatsbürger_in im Präventivstaat muss angeblich, so heißt es weiter, für die Wahrung seines/ihrer „Supergrundrechts“ auf Sicherheit die Unterhöhung sämtlicher anderer Grundrechte ohne Klagen und Widerstand akzeptieren.

Jetzt zu versuchen mit Bezug auf den „NSU“ den Abbau von Grundrechten zu legitimieren ist eine absolute Frechheit! Stattdessen wird es dringend Zeit für eine deutliche antifaschistische Reaktion auf den „NSU“: kommt am 3.12. nach Wiesbaden, zeigen wir den Innenministern was wir von dieser Politik halten!

DER OPFER RECHTSGESINNTER GEWALT WEGEN:

EXTREMISMUS-DOKTRIN UND DEN AUTORITÄREN PRÄVENTIVSTAAT BEKÄMPFEN!

ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND ORGANISIEREN,

RECHTSRADIKALE STRUKTUREN KONSEQUENT ZERSCHLAGEN!

turn*left frankfurt
<http://turnleft.noblogs.org/>



Aufruf: Widerstand und Protest gegen "Petersberg II" - Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan!

Auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 reagierten die USA sowie die NATO mit dem Krieg in Afghanistan. Im Dezember vor zehn Jahren wurde auf der Petersberger Konferenz bei Bonn eine provisorische Regierung für Afghanistan unter Präsident Karzai eingesetzt - wenige Tage später beschloss der UN-Sicherheitsrat den ISAF-Einsatz. Nun lädt die Bundesregierung für den 5. Dezember 2011 erneut auf den Petersberg ein. Die kriegführenden Staaten werden hier zusammenkommen, um über die Zukunft Afghanistans zu beraten. Delegierte aus 90 Ländern sowie NGO's sollen vorgeblich über "Friedensperspektiven" diskutieren - doch die Realität sieht anders aus:

Seit einem Jahrzehnt führt die NATO in Afghanistan unter dem Vorwand der "humanitären Intervention" und des "Krieges gegen den Terror" einen Krieg für wirtschaftliche und machtpolitische Interessen. Die Bilanz: Jahr für Jahr steigende Opferzahlen, insbesondere unter der Zivilbevölkerung, zerstörte Infrastruktur, massive Unterernährung, unbehandelte Krankheiten, sinkende Lebenserwartung, wachsende Gewalt gegen Frauen. Trotz alledem werden Menschen, die vor Krieg, Zerstörung und Not flüchten, mit Militär und Polizeieinheiten wie z.B. FRONTEX, mit Gewalt von Europa ferngehalten.

Die Bundeswehr beteiligt sich an diesem Krieg und trägt Schuld an Kriegsverbrechen, wie z.B. dem Massaker bei Kunduz. Der jährlichen Verlängerung des parlamentarischen Mandates steht die mehrheitlich ablehnende Haltung der Bevölkerung entgegen: Es mangelt der Bundeswehr nicht nur an SoldatInnen, sondern auch an breiter Akzeptanz dafür, Krieg als Mittel der Politik zu führen. Mit dem Ziel dieses zu ändern, wird die Gesellschaft auf allen Ebenen zunehmend militarisiert. Die Reform der Bundeswehr bedeutet, dass die Bundeswehr an Schulen Rekruten wirbt, im Innern zum Einsatz kommt und zur Interventionsarmee umgestaltet wird.

Nun kündigt die Bundesregierung an, bei der zweiten Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg über "politische Lösungen" und "Truppenabzug" diskutieren zu wollen - eine reine Farce. So werden vermehrt afghanische Militärs und Polizisten ausgebildet werden, um stellvertretend für die

NATO den Krieg fortzusetzen, den Großteil der Opfer zu stellen und, weiterhin von der NATO kontrolliert, selbst für "Sicherheit" zu sorgen. Gleichzeitig will die NATO als "Krisenmanagement" die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) forcieren - die enge Integration politischer, militärischer, wirtschaftlicher, humanitärer und polizeilicher Instrumente. Was früher zivil war, wird heute militärischen Zielen untergeordnet. So wird z.B. auch "Entwicklungshilfe" zum Bestandteil der NATO-Strategie.

Wir lassen uns nicht täuschen: Krieg bedeutet immer: Tod, Folter, Vergewaltigungen, Menschenrechtsverletzungen - so aktuell auch in Libyen.

Die Regierungen der Kriegsallianz wollen den Krieg in Afghanistan weiterführen und beraten nun über das Wie - die Antikriegs- und Friedensbewegung will den Krieg beenden! Wir fordern die umgehende Einstellung aller Kampfhandlungen und den umfassenden Abzug der Truppen aus Afghanistan! Die frei werdenden Gelder (im Jahr 2011 sind allein im Bundeshaushalt rund 1,1 Milliarde Euro für den Krieg vorgesehen) müssen ab sofort für den Wiederaufbau und die Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen eingesetzt werden! Nur so kann in Afghanistan ein Frieden entstehen, der seinen Namen auch verdient.

Die Antikriegs- und Friedensbewegung ruft zu gemeinsamen und vielfältigen Aktivitäten in Bonn auf. Vom 3. bis zum 5. Dezember 2011 wollen wir mit einer bundesweiten Demonstration und auf einer internationalen Konferenz Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges setzen. Stellt Euch quer und beteiligt Euch an Aktionen Zivilen Ungehorsams!

Die Aufstände im arabischen Raum und die wiedererstarkte Anti-Atom Bewegung hierzulande lassen uns optimistisch sein, dass soziale Bewegung die Welt verändern und auch wir gemeinsam ein kraftvolles Zeichen gegen den Krieg setzen können!

KOMMT NACH BONNI!

Aufruf und Unterstützer_innen:
<http://www.afghanistanprotest.de/>

Deconstructing Green City – Wem gehört die Stadt? Gegen Verdrängung. Mieten stoppen. Eine Stadt für Alle.

Am Samstag, den 29. Oktober demonstrierten in Freiburg rund 600 Menschen gegen Verdrängung, und Mietwahnsinn, für einen Mietenstopp und eine Stadt für Alle. Obwohl die lokale Mainstreampresse die Demonstration im Vorfeld weitgehend ignoriert hatte, fand sich ein breites Spektrum an Menschen aus verschiedenen Stadtteilen und unterschiedlichen Hintergründen zusammen. Sie ließen sich auch nicht von einem massiven Polizeiaufgebot einschüchtern, das selbst zahlreiche Passant_innen entsetzte.

In den Redebeiträgen wurden die internationalen Wohnraumkämpfe im Kapitalismus und die Wohnsituation der Studierenden thematisiert, die im momentan teilweise in Notunterkünften untergebracht sind. Hingewiesen wurde auch auf die Situation von Flüchtlingen, die trotz aller Ankündigungen der neuen Landesregierung sich aufgrund der Residenzpflicht noch nicht einmal von einem in den anderen Kreis bewegen können und in Freiburg wie im Rest Baden-Württembergs in Lagern auf 4,5 m² pro Person isoliert leben müssen: Anschließend verlas eine Erwerbslose das Manifest der Bundesarbeitsgruppe Prekäre Lebenslagen, in dem ein Recht auf Stadt über die Wohnungsfrage hinaus u.a. auch als Recht auf Mobilität (kostenloser ÖPNV) gefasst wird.

Im Institutsviertel besichtigte der Demonstrationzug die durch Zäune durchschnittenen ehemaligen Gemeinschaftswiesen und die neuen Balkone an den ehemaligen französischen Kasernenhäuser, die nur den neuen reicheren Mieter_innen zugänglich sind. Am Fahnenbergplatz wurde

auf die als Streubesitz deklarierten Verkäufe der Stadt Freiburg hingewiesen. Dabei veräußert die Stadt, nach Aufhebung der Bindungswirkung des Bürgerentscheids, wieder Wohnungen in Größenordnung eines ganzen Stadtteils. Die Initiative Plätze Häuser Alles wies darauf hin, dass an der Wurzel sozial bedingter Verdrängung die soziale Ungleichheit selbst stehe: Hartz-IV-Bezieher_innen sollten nicht nur überall wohnen können, sondern ihrer unterprivilegierten Situation müsse insgesamt ein Ende bereitet werden. Als eine Möglichkeit sich in Eigenregie der Wohnraumknappheit anzunehmen stellten sie Besetzungen von leerstehenden Häusern vor.

Am Rand der Demo wurde noch für die anstehende Demo gegen den G-20 Gipfel und für den Erhalt des KuCa, des Kulturcafés der Pädagogischen Hochschule, geworben. In der Eschholzstraße solidarisierten sich Anwohner_innen von Fenstern und Balkonen mit der Demonstration, die schließlich im Stühlingerpark an ihr Ziel kam.

In einer abschließenden Stellungnahme rief die Freie Arbeiter_innen Union zu organisiertem Widerstand von Mieter_innen, insbesondere zu Mietstreik, auf. Die Demonstration kann als großer Erfolg für die bisherigen Initiativen bewertet werden, die sich im Laufe des Jahres intensiver zusammengeschlossen haben.

AK Wohnraumpolitik



Work, eat and buy, consume and die.

Wir haben in den Nacht auf den 03.11. den neuen Edeka-Markt in der Lörracher Str. besucht.

Am heutigen Donnerstag öffnet ein frisch aufgebauter Konsumtempel in Freiburg die Tore. Wir haben dafür gesorgt, dass unsere Kritik an Staat und Kapital bei der Eröffnungsfeier zu sehen sein wird.

Wir haben es satt, dass immer mehr Menschen auf der Straße stehen und frieren müssen, während parallel dazu ausreichend Wohnraum für alle zerstört und luxussarniert wird. Wir vergessen nicht, dass vor dem hundertprozentig auf Gewinn ausgerichteten Geschäftsbau mal ein Hochhaus stand in dem erschwingliche Wohnungen angeboten werden konnten. Direkt gegenüber stehen weiterhin die Häuser des alten Geländes der Firma Götz und Moritz ungenutzt leer.

Auch vergessen wir nicht unsere Freund_innen und Genoss_innen, die weiterhin für einen neuen Wagenplatz in Freiburg kämpfen und grüßen mit unserer Aktion all diejenigen, die von Gentrifizierung, Ausgrenzung und all dem betroffen sind, was in Eröffnungszeremonien von Einkaufszentren normalerweise keine Beachtung findet.

FÜR EINE MILITANTE KAPITALISMUSKRITIK.

soko wand und farbe

Erneute Razzia gegen Wagen-Szene in Freiburg

Seit der Räumung der Wagenburg Kommando-Rhino vor genau drei Monaten ist viel passiert. Die Repressionsbehörden durchsuchten am 3. November 2011 erneut Wohnwagen von GenossInnen, die derzeit in der Langemarkstraße westlich der Merzhauser Straße stehen. Zwei Wagen wurden am frühen Nachmittag teilweise in Abwesenheit der BewohnerInnen aufgebrochen und durchsucht. Am Morgen war ein Platzloser Wägler in seiner Karre kontrolliert worden. Die Bullen fotografierten vermeintliche Beweisstücke für einen Angriff auf einen EDEKA-Megamarkt am vorhergegangenen Abend (Presse). Bei der späteren Durchsuchung zweier Wagen wurden dreckige Klamotten beschlagnahmt.

Dem Protest und hohen Sachschaden der nach der Zerstörung der Wagenburg Rhino auf dem M1-Gelände Anfang August entstanden war folgten zahlreiche Bullenaktionen. Die Repression gegen

die linke Szene in Freiburg war seither so heftig wie seit Jahren nicht mehr. Nach einer Razzia der KTS gab es eine Durchsuchung der Gartenstraße 19, eine Durchsuchung eines mutmaßlichen -Molliabfüllstation--Wagens in St Georgen, ein verhindertes Straßenfest, die Erstürmung des Geländes der Schattenparker am Rande des Papstbesuches, die Beschlagname von Wagen in Zähringen und vieles mehr. Die Kriminalisierung alternativer Wohnformen und besonders die der WäglerInnen geht weiter, in Freiburg, Hamburg und vielen weiteren Orten.

SOLIDARITÄT MIT DEN VON REPRESSION BETROFFENEN!

FÜR MEHR LEBEN WAGEN UND KAPUTTE SUPERMÄRKTE!

antifa qt. westl. merzhauser

Wilde 13 (Westbahnstrasse) in Wien besetzt

Erst vor drei Tagen wurde die Lindengasse 60-62 von einem Großaufgebot an Polizei geräumt. Der Einsatz war ein regelrechtes Schaulaufen. Doch es geht munter weiter. Nach einer gut besuchten, wütenden aber unkoordinierten und für viele wohl frustrierenden Demo, Treffen und Veranstaltungen u.a. zu "Sexismus" im Epizentrum, wurde schon heute ein weiteres Haus besetzt.

Nur 200 m Luftlinie von der Lindengasse 60-62, liegt die Wilde13(Westbahnstrasse). Seit heute ist diese besetzt. Ein Künstler der ab Dezember im Erdgeschoss eine Fotoausstellung organisieren wird, sogar selber im Epizentrum war und sich solidarisch äußerte, rief die Polizei. Dazu ist zu sagen, dass die Aktivitäten die Ausstellung nicht gefährden oder behindern. Es wurde auch das Gespräch gesucht um solche Bedenken auszuräumen. Trotzdem rief er die Polizei. Da er nichts zu melden hat im Bezug auf die leerstehenden Räumlichkeiten, gab es auch keinen Räumungsbescheid. Zuerst schien es jedoch so, als ob die Wiener Behörden trotzdem räumen lassen möchten. Es wurde ein Aufgebot von ca. 80 BeamtInnen angeordnet, großteils in riot gear. Diese besetzten zuerst den Hinterhof, den die W13 mit NachbarInnen teilt und verbarrikierten(!) sich dort mit Holzlatten und was sonst noch so rumlag. Wohlmeinende Ratschläge zur Konstruktion seitens der BewohnerInnen wurden ignoriert. Als nächstes kamen behelmte Menschen auf das Gebäude zu, da wurde es den Menschen im Haus zu bunt, da sie Angst hatten dass der offensichtlich gewaltbereite, bewaffnete Mob ver-

suchen könnte ins Haus zu kommen, flogen Gegenstände aus dem Haus. Gleichzeitig sammelten sich immer mehr Menschen und unterstützten von aussen und machten die Polizei sichtlich nervös. Schließlich zog das Aufgebot nach einigem rumgepose (Aufstellen in Formation und verarscht werden dafür trifft auch) wieder ab!

Obwohl es keine, auch keine informelle, Mobilisierung im Vorfeld gab, waren sehr schnell zahlreiche Leute da. Sogar NachbarInnen haben Tee und Essen gebracht. Die Nacht ist noch nicht vorbei, doch die Stimmung war sehr entspannt. Auch die Entschlossenheit der BesetzerInnen hat wohl dazu beigetragen, die Polizei dazu zu bewegen wieder abzuhaufen.

Die Stimmung im Haus ist gut, wer vorbei kommen will ist willkommen. Dies ist jedoch keine offene Partybesetzung, sondern ein radikaler Versuch der Raumnahme. Lasst Hunde, Drogen und unreflektiertes, unsolidarisches oder diskriminierendes Verhalten zu Hause. Solltet ihr das nicht verstehen, bleibt bitte auch da oder wo anders! Es gibt sovieler leere Häuser!

HAUS LEER - HAUS HERI

Lokomotive
12.11.2011

Der Liedermacher Franz Josef Degenhardt ist tot

Eine traurige Nachricht, vor allem für die "Älteren" unter uns. Kaum jemand hat die Hässlichkeit, die Ressentiments und die Lächerlichkeit des deutschen Spießbürgertums genauer auf den Punkt gebracht, als Degenhardt in seinen Liedern.

Seine bösen Texte hatte er teilweise schon anfang

der 60er geschrieben und gesungen, als von den Aufbrüchen der 68er Bewegung in Dunkeldeutschland noch nichts zu ahnen war.

Traktoren-Demo gegen AKW Fessenheim

Für den 13. November mobilisierte das Aktionsbündnis Fessenheim stilllegen. JETZT! zur Schleppe-Demo nach Müllheim. Von dort aus ging es über einige Markgräfler Gemeinden in Richtung des AKW-Fessenheim, dessen Reaktorblock 1 vor einer Woche wieder ans Netz gegangen war. Etwa 60 Traktoren beteiligten sich am Anti-Atom-Treck, der nach knapp fünf Stunden im französischen Chalampagne endete.

Bei eisigen Temperaturen gelang es dennoch knapp 300 Menschen zur Kundgebung an der Hartheimer Brücke zu mobilisieren. Die mediale Aufmerksamkeit war groß und die Beteiligung zahlreicher LandwirtInnen mit Traktoren, Anhängern und landwirtschaftlichem Gerät spektakulär. Aus sämtlichen auf der Route gelegenen Gemeinden beteiligten sich DemonstrantInnen, viele waren auch mit Autos und Fahrrädern zur Kundgebung gekommen. Die zweisprachige Kundgebung wurde von

Infoständen und leckerer Volkküche einer solidarischen Gärtnerei begleitet. Die Bullen beschränkten sich auf die Regulierung des Verkehrs und drückten sogar ein Auge bei denen in Frankreich obligatorischen Rundumleuchten für landwirtschaftliche Geräte zu.

Neben den üblichen endlosen Parolen "Abschalten, abschalten", waren einige Fahnen von Organisationen wie "Sortir du Nucleaire", BUND, Linkspartei oder den Grünen zu sehen. Es gab aber auch anarchistische Fahnen und ein Transparent das forderte "Das ganze System ab(zu)schalten!". Unter anderem wurde auch zum bevorstehenden Castor-Transport ins Wendland und zur Südblockade nach Berg in der Pfalz mobilisiert. Alles in allem eine gelungene Aktion, die öfters wiederholt werden könnte...

Axel-Mayer-Bande

Jusqu'ici tout va bien... „Reclaim The Streets“

In der Nacht auf Sonntag, kurz nach Mitternacht, fand in Basel eine spontane Strassenparty ("Reclaim the Streets") mit über 100 Menschen statt. Vom Kleinbasel ging es mit guter Musik, toller Stimmung und sporadischer Pyrotechnik über die Dreirosenbrücke, den Voltaplatz und schliesslich durch neblige Strassen zur Villa Rosenau, wo noch bis in die Morgenstunden gefeiert wurde.

Der Umzug war spontan organisiert worden, unter anderem als Reaktion auf die üble Hetzkampagne der jüngsten Vergangenheit von Seiten der BaZ und von TeleBasel, die auf eine Diskreditierung der seit 2004 bestehenden Villa Rosenau abzielt.

Die völlig kommerzialisierte und durchgestylte Ausgeh-Kultur, die polizeiliche Kontrolle des öffentlichen Raums, die "Aufwertung" ganzer Quartiere zum Nachteil ärmerer Bevölkerungsschichten – dies sind nur einige der Themen, gegen die momentan mit den unterschiedlichsten Aktionsformen protestiert und Widerstand geleistet wird.

Der Versuch der Medien (und auch der Politik), die Ereignisse der letzten Jahre entweder "den Guten" oder "den Bösen" in die Schuhe zu schieben,

wird nicht funktionieren: Eine solche Trennung gibt es nicht. So können auch die BewohnerInnen und BesucherInnen der kulturellen Anlässe der Villa Rosenau nicht als kriminelle AussenseiterInnen gebrandmarkt werden; Die Medien verweigern sich der Einsicht, dass hier nicht nur irgendwelche "linksextremistischen" Randgruppen verkehren, sondern Junge und Jugendliche mit den unterschiedlichsten Hintergründen.

Auch wenn wir nicht in der Villa wohnen, sondern zu jenen Hunderten von jungen Menschen gehören, die mehr oder weniger oft die Villa besuchen, müssen wir eines klarstellen: Wir sind alle Villa Rosenau!

Wir mögen dieses Haus mit seinen Konzerten, Discos und Electro-Parties. Es ist ein fester Bestandteil unserer Stadt. Dies umso mehr, wenn wir uns in Erinnerung rufen, dass seit September 2004 jede Besetzung innert weniger Stunden geräumt wurde.

Die Villa muss bleiben, daran ändern auch ein paar schlecht recherchierte Hetzartikel nichts.

D'Made im Daig

Mietest du noch oder besetzt du schon?

Rede von der Freiraumkampagne Plätze. Häser. Alles.:

Wohnst du noch in der Notunterkunft oder hast ein überteuertes Zimmer gefunden? Wirst du aus deiner kärglichen Sozialwohnungen geschmissen weil sie laut Stadtbau unzeitgemäß sei? Versperren Zäune den Zugang zu den letzten Grünflächen die du mit deinen Kindern nutzen konntest? Muss der nächste Urlaub auf Malle mal wieder warten weil die Miete so hoch ist, dass du kaum etwas zurück legen kannst? Ziemlich wahrscheinlich sonst wärst du heute nicht hier!

Mit dem Ausruf der „Green City“ Imagekampagne und dem Beginn des neuen Semesters hat sich die ohnehin schon immer angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in Freiburg nochmal deutlich verschärft. Student_Innen stehen Schlange bei Wohnungsbesichtigungen, Sozialhilfebezieher_innen können sich den ökologisch sanierten Wohnraum nicht mehr leisten und erhalten unverschämte Ersatzobjekte und Abfindungsgelder, Kleinrentner_innen werden von Wohnung zu Wohnung geschoben und dutzende Wagenbewohner_innen kriminalisiert und obdachlos gemacht. Die Lebenshaltungskosten und Preise des öffentlichen Nahverkehrs steigen, die Innenstadt wird immer weiter wirtschaftlich erschlossen und überwacht. Durchschnittlich werden in Freiburg 44% des Einkommens für die Miete ausgegeben. Menschen in einer prekäreren finanziellen Situation geben teilweise mehr als 60% ihres Einkommens lediglich dafür aus, dass sie ihr natürliches Bedürfnis auf Wohnen wahrnehmen wollen.

Alles in allem eine ziemlich beschissene Situation in der Du dich befindest oder deren Beschissenheit Du wenigstens nachvollziehen kannst. Seltsam ist nur, dass der Aufschrei der Empörung immer erst dann kommt wenn Du selber von den sogenannten Auswüchsen dieses Systems betroffen bist, obwohl die Ziele und Zwecke der demokratisch-verwalteten Marktwirtschaft bei genauerer Betrachtung gar keinen anderen Schluss zu lassen, als den, dass Deine Bedürfnisse, in diesem Fall das Wohnen, in den unternehmerischen Berechnungen

ziemlich schlecht wegkommen. Deine Bedürfnisse und die aller anderen Menschen sind keineswegs Produktionszweck. Der Zweck jeglicher Ware, dazu zählt natürlich auch die Ware Wohnraum, ist die Vermehrung des Geldes, dass zu ihrer Herstellung aufgewandt werden musste. Das heißt, wenn Immobilienfirma XY ein Haus baut, spekuliert sie darauf, dass sie mit dem Verkauf oder der Vermietung des Hauses mehr Geld macht als sie für den Bau ausgeben musste. Das muss sie auch, da sie sich in Konkurrenz zu haufenweise anderen Immobilienfirmen befindet, eben auf einem Markt, dem Wohnungsmarkt.

Das bringt Dich in eine verzweckte Lage, da du ja darauf angewiesen bist ein Dach über dem Kopf zu haben. Immobilienfirma XY möchte jetzt möglichst viel Geld von dir haben um sich gut am Immobilienmarkt zu positionieren. Das heißt für dich Arbeiten gehen. Blöd nur, dass zum einen es nicht mal sicher ist ob ein Unternehmen deine Arbeitskraft überhaupt zur Vermehrung seines Kapitals gebrauchen kann und zum anderen, falls du einen Platz findest, dein Lohn eine Größe ist die das Unternehmen so knapp wie möglich ansetzt, da dein Lohn natürlich Verlust für das Unternehmen heißt. Kurz gefasst: Du sollst möglichst viel für dein Wohnbedürfnis zahlen und sollst möglichst wenig Lohn bekommen. Eine ganz normale Begebenheit in einer Marktwirtschaft. Und das soll der große Wohlstand sein, der eigentlich bestens für alle funktionieren würde wenn es nicht irgendwelche geldgierigen Spekulanten und Heuschrecken gäbe, die mit ihren achso egoistischen Interessen den sozialen Frieden gefährden? Blödsinn!

In eine ähnliche Kerbe schlagen leider auch einige Argumente, die von Teilen der Anti-Gentrifizierung Bewegung kommen. Die Forderungen nach Milieuschutz und sozialem Wohnungsbau, beispielsweise, dass Herden nicht Hartz-IV-freie Zone werden dürfe. Wie paradox ist es denn an staatliche Institutionen, die, um den Standort Deutschland attraktiv zu machen, Hartz-IV und Billiglohn erst eingeführt und rechtlich garantiert haben, nun die Bitte heranzutragen doch auch angemessenen, das heißt das nötigste vom nötigen, an Wohnraum bereitzustellen. Eine völlige Fehldeutung welche Auf-

gabe das staatliche Gewaltmonopol wahrnimmt, nämlich Schutz des Privateigentums, Beförderung der Marktwirtschaft und der Konkurrenz und die Verwaltung der gesellschaftlichen Widersprüche mittels Gesetzen und Strafverfolgung.

Soziale Absicherung hat dabei lediglich die Funktion den positiven Bezug der Bevölkerung auf den Staat zu wahren, da ein winziges Krümelchen natürlich besser ist als gar nichts vom Kuchen zu bekommen und die Hoffnung durch Chancenförderungsprogramme der Arbeitsagenturen vielleicht doch nochmal sich auf den ersten Arbeitsmarkt zu boxen bekanntlich zuletzt stirbt. Auch die Forderung „Wir bleiben alle“ lässt sich unter diesem Gesichtspunkt deuten, als ein positiven Bezug auf Deine beschissene Lage. Wer weiterhin nur günstigen Sozialwohnraum, billige Geschäfte und Sozialtickets in Bus und Bahn fordert, hat dabei schon akzeptiert das eine riesige Gruppe an Menschen bereits auf dem untersten Level der sozialen Hierarchie leben muss und ihre kärgliche Grundsicherung nichtmal für das nötigste reicht.

Zwar wird immer angeführt Du müsstest ja realpolitische Forderungen stellen, schließlich schafft es ja die Anti-Gentrifizierungs Bewegung die unterschiedlichsten Menschen vom Linksradikalen bis zum Kleingärtner, vom Studenten zum Arbeitslosen zu vereinen. Das stimmt auch und viele Aktionen bringen tatsächlich eine punktuelle Verbesserung der Lebensumstände der betroffenen Menschen, die wichtig und unerlässlich sind. Aber was nutzt eine Bewegung die sich explizit nicht daran macht die Ursachen eines Übels zu bekämpfen, nämlich die kapitalistische Wirtschaftsweise? Und so ist es auch kein Wunder, dass in mehreren Publikationen der Recht-Auf-Stadt Bewegung mangelnde Handlungsstrategien festgestellt werden. Appelle an die Regierenden laufen ins Leere, da diese ja gerade Vertreter einer Ordnung sind, die die materiellen Missstände hervorbringt. Genossenschaftliche Häuserkäufe müssen sich immer mehr den Sachzwängen der Marktwirtschaft beugen und Häuserkämpfe sind wegen ihres zahlenmäßig geringen Auftretens ein leichtes Spiel für die Staatsgewalt. Die einzige Perspektive die es gibt ist konsequent den Kapitalismus und das Gewaltmonopol des Staates in allen gesellschaftlichen Kämpfen abzulehnen.

Auch in Freiburg haben in jüngster Vergangenheit Versuche stattgefunden mit der vorherrschenden Logik zu brechen und sich ungefragt leerstehenden Wohnraum anzueignen.

So zum Beispiel im April 2011 in der Johann-Sebastian-Bach Straße. Hier will die Stadtbau neue Miet- und Eigentumswohnungen bauen und die alten Häuser abreißen. Die bisherigen Mieter_innen müssen ihre Wohnungen verlassen. Als Aktivist_innen der Kampagne „Plätze.Häuser.Alles.“ ein Haus besetzten um es öffentlich nutzbar zu machen und um gegen die Verdrängung zu protestieren wurden sie von einem Großaufgebot der Polizei geräumt. Ebenso verhielt es sich im Juli 2011 in der Goethestraße 2. Das leer stehende Anwesen könnte Platz für unkommerzielle Kultur und kostenlosen Wohnraum bieten. Kurz nach der Besetzung lies die Polizei das Haus nach Polizeirecht räumen, obwohl die Besetzer_innen in Verhandlungen mit dem Eigentümer getreten waren.

Doch auch bestehende alternative Räume werden von Stadt und Polizei bedroht. So wurde im August 2011 das Kunst-, Kultur- und Wagenkollektiv „Kommando Rhino“ von hunderten Polizist_innen geräumt, die Polizei drang in das selbstverwaltete Zentrum KTS ein und der besetzte Umsonst- und Infoladen „Gartenstraße 19“ wurde durch eine fadenscheinige baurechtliche Verfügung eingeschränkt. Dass Projekte, die sich der kapitalistischen Logik versuchen zu entziehen massiv bedroht sind zeigt sich überall auf der Welt. Sei es die Liebigstraße 14 in Berlin, die Tanneries in Dijon oder das Kukutza im Baskenland.

Diese Projekte sind Freiräume, in denen Hierarchien, Kommerzialisierung und diskriminierende Verhaltensweisen offen gelegt, reflektiert und bekämpft werden sollen. Sie bieten Raum für emanzipatorische Politik und alternative Kultur. Sie werden zum leben, arbeiten, informieren, treffen und vernetzen von verschiedenen Menschen kostenlos genutzt. Sie bilden Nischen, in denen der Logik von Konkurrenz, Profit und Vereinzelung aktiv entgegengewirkt werden kann.

Einige Menschen behaupten, dass auch Du etwas dazu beitragen kannst, dass diese Räume keine Nischen bleiben. Freiraumaktivist_innen beispielsweise nutzen den Freiburg Leerstandsmelder unter leerstand-freiburg.info, checken vielleicht vorher noch aus wem das Haus gehört, gucken sich das Objekt der Begierde vorher an, nehmen sich ein Brecheisen oder ein leicht bestellbares Schlößerknack-Set mit und müssen dann sicherlich nicht in Turnhallen oder anderen unzumutbaren Behausungen leben. Sie müssten auch nicht für den Gewinn einer Firma arbeiten oder Miete zahlen, wenn

es genug Leute machen würden, so dass die staatlichen Verfolgungsbehörden sich mit einer gesellschaftlichen Bewegung konfrontiert sähen, die sie nicht mehr kontrollieren können. Eine Bewegung die ungenutztes Privateigentum nicht anerkennt. Eine Bewegung die sich die Güter nimmt die sie braucht um zu leben ohne dass der Besitzer der Güter etwas daran verdient. Eine Bewegung die auf den Staat und seine Gesetze schießt und eine Bewegung die dafür kämpft den Menschen Räume zur Verfügung zu stellen,

DIE PLÄTZE, DIE HÄUSER, ALLES!

Weiterführende Links:

leerstand-freiburg.info (Leerer Wohnraum in Freiburg)
annefreiburg.blogspot.de/category/gartenstrasse-19 (Besetztes Haus)
linksunten.indymedia.org (unabhängiges Nachrichtenportal)
annefreiburg.blogspot.de (Anarchistisches Netzwerk Freiburg)

Gaststätte wegen NPD-Veranstaltung angegriffen

"Da uns zugetragen wurde, dass am 23.10 in der Gaststätte Au-Stuben in Balingen ein Vortrag der NPD stattfinden sollte, haben wir uns entschlossen, in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag in besagter Gaststätte zwei Fenster zu entglasen und in Form von Graffiti darzulegen, dass wir mit der Veranstaltung nicht einverstanden sind.

Das Graffiti hatte folgenden Inhalt: "Hier keine NPD Veranstaltung am 23.10" und "Antifa Area"

Diese Mitteilung soll der Möglichkeit entgegenwirken, dass durch die Polizeimeldung der politische Anspruch der Tat, nämlich gegen die NPD, verloren geht!

Die Autonomen Krawallmacher BW"



Strandcafe

Grethengelände, Adlerstr.12

Jeden Donnerstag *Kneipe* ab 21 Uhr
Strandbar 2. und 4. Freitag im Monat ab 21 Uhr

Schwul-Lesbischer Abend der Rosa Hilfe:
1. und 3. Freitag im Monat ab 21 Uhr

Volkküchen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat
ab 20:30



VOLXKUECHEFREIBURG.BLOGSPORT.DE